

## Der Einfluss von frühen politischen Orientierungen und politischem Amt auf Willy Brandts Amerikapolitik

*Judith Michel*

### Keywords:

politisch-soziale  
Prägung;  
politisches Amt;  
Willy Brandt;  
Amerikapolitik;  
Vietnamkrieg; US-  
amerikanische  
Lateinamerika-  
politik;  
hermeneutische  
Quelleninterpreta-  
tion; historische  
Biografieforschung

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht anhand von zwei Fallbeispielen mittels der hermeneutischen Quelleninterpretation, inwiefern sich Willy BRANDTs frühe politisch-soziale Orientierung und sein jeweiliges politisches Amt auf seine Amerikapolitik ausgewirkt haben. Das Beispiel des Vietnamkriegs zeigt, dass sowohl seine frühe biografische Prägung als auch das Regierungsamt ihn dazu veranlassten, sich mit öffentlicher Kritik am amerikanischen Einsatz in Südostasien zurückzuhalten. In seiner Altkanzlerzeit traten hingegen einige während der Frühphase des Kalten Krieges entwickelte Orientierungen in den Hintergrund, während andere frühe Prägungen in modifizierter Form neu zum Tragen kamen. Er bewertete nun die amerikanische Lateinamerikapolitik wesentlich kritischer, was auch seinen Zielen als Vorsitzender der "Nord-Süd-Kommission" und Präsident der Sozialistischen Internationale entsprach.

### Inhaltsverzeichnis

- [1. Einleitung](#)
  - [2. BRANDTs Sozialisation und Werdegang bis Mitte der 1950er Jahre](#)
  - [3. BRANDTs Haltung zum Vietnamkrieg](#)
  - [4. BRANDTs Haltung zur amerikanischen Lateinamerikapolitik](#)
  - [5. Fazit](#)
- [Literatur](#)
- [Zur Autorin](#)
- [Zitation](#)

## 1. Einleitung

Willy BRANDT (1913 – 1992) zählt zu den großen Politiker/innen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Als linkssozialistischer Emigrant in Skandinavien und "Kalter Krieger" in Berlin, als Kanzler der Aussöhnung mit dem Osten und *elder statesman*, der sich für Abrüstung, Entwicklungspolitik und die deutsche Einheit einsetzte, prägte er in vielerlei Hinsicht den Lauf der Ereignisse. Von wenigen anderen deutschen Politiker/innen stehen außerdem ähnlich umfangreiche autobiografische Zeugnisse, Publikationen und Akten zur Verfügung. Die Person Willy BRANDTs bietet sich daher in besonderem Maße an, die Verbindung von biografischer Entwicklung und politischem Handeln in den Blick zu nehmen. [1]

Nach einem Überblick über seine politische Entwicklung bis zu den 1950er Jahren wird untersucht, wie sich BRANDTs Verhältnis zu den Vereinigten Staaten während des Vietnamkriegs in den 1960/70er Jahren gestaltete, mit dem er sich überwiegend als Außenminister, Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzender auseinandersetzen musste. Welche Rolle spielten hier seine biografisch gewachsenen Orientierungen und wie meisterte er die Herausforderung, Partei-,

Staats- und Bündnisräson gemäß seiner politischen Ämter unter einen Hut zu bringen? Während sich BRANDT in Bezug auf den Vietnamkrieg sehr zurückhaltend gegenüber dem mächtigsten Verbündeten verhielt, bezog er zur US-amerikanischen Lateinamerikapolitik in den 1980er Jahren wesentlich kritischer Stellung. Hier soll ebenfalls der Zusammenhang von seinen politisch-sozialen Prägungen und seinen Ämtern als SPD-Parteivorsitzender, Präsident der Sozialistischen Internationale (SI) und Vorsitzender der "Nord-Süd-Kommission" in den Blick genommen werden. Da sowohl Südostasien als auch Lateinamerika Regionen darstellen, in die die Vereinigten Staaten eingriffen, um kommunistischen Einfluss zurückzudrängen, bieten sich die beiden Beispiele an, BRANDTs Position dazu zu untersuchen. Zeigte er auf die ähnlichen Situationen vergleichbare Reaktionen oder ließen ihn seine unterschiedlichen politischen Ämter und der gewandelte politische Erfahrungshorizont eine andere Sicht auf die jeweiligen Ereignisse einnehmen? [2]

Die grundlegende Methode dieser geschichtswissenschaftlichen Untersuchung ist die kritische, hermeneutische Quelleninterpretation, deren Ziel es ist, herauszuarbeiten, was und warum etwas in der Vergangenheit geschehen ist (JÄCKEL 1989, S.123).<sup>1</sup> Dabei wird zunächst anhand des bereits vorhandenen Vorverständnisses eine operative Fragestellung entwickelt, welche die erste Auswahl, Lektüre und Auswertung der Quellen bestimmt. Bei der Lektüre und Auswertung werden die Quellen klassifiziert – handelt es sich hierbei etwa um öffentliche Äußerungen oder private Aufzeichnungen, um Geschäftsschriftgut oder retrospektive Erinnerungen? Anschließend werden inhaltliche und sachliche Verständnisfragen geklärt und die Quellen in den historischen Kontext eingeordnet. Danach müssen die eingangs formulierten Fragen gegebenenfalls modifiziert und weitere Quellen herangezogen werden. Nun beginnt die eigentliche Quellenkritik, bei der der Entstehungszusammenhang der Quelle sowie Stil, Wissen und Standpunkt des Autors/der Autorin herausgearbeitet werden. Dadurch wird versucht, Tendenz bzw. Glaubwürdigkeit der Quelle und ihres Verfassers/ihrer Verfasserin zu bestimmen, die bei der Interpretation zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage berücksichtigt werden müssen.<sup>2</sup> Zuletzt muss ein Quellenvergleich stattfinden – ergänzen sich die Aussagen verschiedener Quellen zu einem Sachverhalt oder widersprechen sie sich? Ist Letzteres der Fall, ist es eventuell möglich, diesen Widerspruch zu erklären oder – eingebettet in die Forschungsdiskussion – eine analytisch plausible These zur Befürwortung der einen oder der anderen Aussage zu formulieren. Wichtig ist, die Quellenauswahl und -interpretation stets nachvollziehbar zu halten und auf mögliche Lücken in der Überlieferung, die das Verständnis erschweren können, hinzuweisen (OPGENOORTH & SCHULZ 2010, S.180-188; NÜNNING & SAAL 1995, S.42-91). [3]

1 Ausführlich zur Problematik des "Verstehens" und "Erklärens" in der Geschichtswissenschaft und den diesbezüglichen theoretischen Auseinandersetzungen GOERTZ (1995, S.105-129), FABER (1982, S.109-146) und LORENZ (1997, S.89-284).

2 Ebenso muss der eigene Standpunkt, den jeder Historiker/jede Historikerin bei aller angestrebten Objektivität innehat, in die Überlegungen miteinbezogen werden (GOERTZ 1995, S.130-146).

Quellengrundlage dieser Untersuchung sind Reden, Gesprächsnotizen, Briefe, Aufzeichnungen und autobiografische Zeugnisse Willy BRANDTs. Letztere sowie öffentliche Äußerungen haben aufgrund ihres instrumentellen Charakters oftmals eine Tendenz, die bei der Quelleninterpretation berücksichtigt werden muss. Den – wesentlich seltener aufzufindenden – zeitgenössischen internen Aufzeichnungen und handschriftlichen Randbemerkungen BRANDTs kann hingegen meist ein höherer Quellenwert zugewiesen werden. Allerdings muss selbst bei diesen dem konkreten Arbeitsprozess entspringenden Quellen bedacht werden, dass sie zur Steuerung interner Abläufe dienten und somit ebenfalls nicht ungefiltert BRANDTs Haltung zu den Vereinigten Staaten widerspiegeln. Zitiert werden ausgewählte, repräsentative Beispiele, welche sich in ähnlichen Varianten mehrfach finden lassen. [4]

Nach einer Hinwendung zur Strukturgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg hat die biografische Geschichtsschreibung inzwischen wieder an Bedeutung gewonnen. Jacques Le GOFF bemängelt jedoch:

"Was ich an der gegenwärtigen Biographienflut so bedauerlich finde, ist, daß viele von ihnen nichts weiters sind als reine und schlichte Wiederholungen der traditionellen, oberflächlichen, anekdotischen Biographie, die nach platten chronologischen Kriterien verfährt, einer überlebten Psychologie huldigt und unfähig ist, die allgemeine historische Bedeutung eines individuellen Lebens aufzuzeigen" (1998, S.105). [5]

Ogleich auch bei einer neuen historischen Biografie das Hauptziel die Vergegenwärtigung eines Individuums sein müsse, lasse sich dies nur dadurch erreichen, indem untersucht wird, was diese Person formte und in welcher Beziehung sie zu ihrer Umwelt stand. So komme man im Verlauf der Untersuchung zwangsläufig zu allgemeingültigeren Aussagen zum betrachteten Zeitraum, die über Erkenntnisse zur Einzelperson hinausgingen (S.111). Auch Hedwig RÖCKELEIN plädiert dafür, bei der biografischen Analyse nicht nur Kindheit und Jugend, sondern die gesamte Lebensgeschichte heranzuziehen, und multikausale Erklärungen – wie die wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Bedingungen – für Verhalten und Reaktion einer Person zu finden (1993, S.23-24).<sup>3</sup> Ansätze, die das Individuum in seine historische Umgebung einbetten, können den vermeintlichen Widerspruch zwischen Struktur- und Biografiegeschichtsschreibung auflösen und umfassende Erklärungen bieten. Dabei kann die biografische Methode Einflüsse und Motivationen handelnder Personen beleuchten und aus dem individuellen Blickwinkel die Zeit des Porträtierten mit ihren Zusammenhängen und Brüchen nachzeichnen. (HOCKERTS 1993, S.19).<sup>4</sup> [6]

Anhand der oben beschriebenen Quellen soll daher BRANDTs frühe politisch-soziale Prägung herausgearbeitet werden, um dann zu untersuchen, wie diese sich im Laufe der Zeit modifizierte und in welcher Form sie sich in der späteren

3 Zur historischen Sozialisationsforschung vgl. auch GESTRICH (1999).

4 Allgemein zur historischen Biografie und ihrer Historiografie HÄHNER (1999), WINKELBAUER (2000) und KLEIN (2002).

untersuchten Situation niederschlägt. Neben der politischen Orientierung soll die Bedeutung des jeweiligen politischen Amtes skizziert werden, um diese ebenfalls mit der jeweiligen Situation abzugleichen. Auf diese Weise lässt sich annäherungsweise der Einfluss biografischer Prägungen und des politischen Amtes auf BRANDTs amerikapolitisches Handeln nachzeichnen. [7]

## **2. BRANDTs Sozialisation und Werdegang bis Mitte der 1950er Jahre**

Willy BRANDT verbrachte seine Jugend unter dem Namen Herbert FRAHM im sozialdemokratischen Milieu Lübecks, wo er sich früh in diversen sozialistischen Vereinen engagierte. Dennoch genoss er eine geradezu bürgerliche Ausbildung auf dem Gymnasium Johanneum, obgleich er später angab, dies habe ihn nicht aus dem Arbeiterumfeld lösen können (MERSEBURGER 2002, S.24-27). WEIN (2003, S.51) legt schlüssig dar, dass das Sozialismusverständnis FRAHMs zu dieser Zeit weniger das Ergebnis tiefgründiger theoretischer Reflexion, sondern seiner Herkunft gewesen sei. Auch BRANDT erinnerte sich später:

"Ich wuchs buchstäblich 'von Hause aus' in der Vorstellung auf, daß Sozialismus von der Gleichwertigkeit der Bürger handele. Praktisch habe er sich als Solidarität, als Füreinandereinstehen auszudrücken, und daß er letztlich die materiellen Ungerechtigkeiten ganz überwinden würde, daran zweifelte ich nicht" (1982a, S.13). [8]

Bereits 1930 kam es zum vorläufigen Bruch mit der SPD, der FRAHM vorwarf, nicht entschieden genug gegen den erstarkenden Nationalsozialismus vorzugehen. Er selbst wurde nun Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die sich links von der SPD positionierte. 1933 verließ FRAHM unter dem Decknamen Willy BRANDT das nationalsozialistische Deutschland. Angekommen im skandinavischen Exil knüpfte er schnell Kontakte zu anderen Arbeiterparteien Europas und entwickelte sich im Laufe der Jahre vom SAP-Revolutionär zum Anhänger eines demokratischen Sozialismus (LORENZ 2002). Unter "demokratischem Sozialismus" verstand BRANDT einen höchstmöglichen Grad an wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit für alle, wobei er darauf hinwies, dass dies zur Aufgabe der Sonderrechte von Einzelnen führen könne. Er betonte jedoch auch, die Freiheit des Individuums und die Planwirtschaft sollten möglichst vereinbar gestaltet werden. Planung müsse seiner Ansicht nach ein Mittel im Dienste der Menschen und kein Ziel an sich sein.<sup>5</sup> Aus dem individualistisch-freiheitlichen Ansatz leitete sich auch BRANDTs Ablehnung des Kolonialismus ab. [9]

Im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland baute er vor allem auf die USA. Seiner Ansicht nach hatten die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich eben keine koloniale Vergangenheit, welche mit zum Ausbruch des Krieges beigetragen habe.<sup>6</sup> Darüber hinaus traute er nur Amerika das militärische Potenzial zu, das nationalsozialistische Deutschland zu

5 Willy BRANDT, "Nach dem Sieg, Mai 1944", S.506-508 (in Archiv der sozialen Demokratie [AdsD], Willy-Brandt-Archiv [WBA], A 3, 36).

6 Willy BRANDT, "Zusammenfassung einer Diskussion deutscher Sozialisten", die kurz nach Kriegsausbruch – im September 1939 – in Norwegen stattfand (in BRANDT 1966, S.90).

besiegen.<sup>7</sup> Auch die freiheitlich-demokratische Tradition in den USA, wie sie sich in Franklin D. ROOSEVELTs "Vier Freiheiten" ausdrückte, fand BRANDTs Beifall.<sup>8</sup> BRANDTs Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten war zu dieser Zeit jedoch mitnichten eindeutig positiv. Als Sozialist betrachtete er den amerikanischen Kapitalismus skeptisch, obgleich er ROOSEVELTs keynesianischen "New Deal" als sozialistisches Programm begrüßte (BRANDT 1976, S.79). Ähnlich ambivalent gestaltete sich zu dieser Zeit sein Verhältnis zur Sowjetunion, deren freiheitsfeindliches Regime er bei aller Bewunderung für das wirtschaftliche System nicht ganz verleugnen konnte. Auffallend ist, dass BRANDT Amerika ganz mit sozialistischen Kategorien wahrzunehmen versuchte: Auf der einen Seite stand ROOSEVELT als eine "Art Sozialdemokrat" (BRANDT 1982a, S.304), auf der anderen Seite standen imperialistische Geschäftsleute. [10]

1947 kehrte BRANDT endgültig nach Deutschland zurück, wo er in Berlin schnell zum Nachwuchsstar der Sozialdemokratie avancierte, an die er sich in den letzten Kriegsjahren immer weiter angenähert hatte. Gemäß der sogenannten "One-World-Idea" hatte BRANDT zunächst auf ein einvernehmliches Miteinander der vier Siegermächte gehofft. Spätestens die erste Berlinkrise von 1948/49 ließ den Traum von der "einen Welt" jedoch platzen und er stellte klar heraus: "Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein."<sup>9</sup> Die im Zusammenhang der Berlinblockade errichtete amerikanisch-britische Luftbrücke zur Versorgung der Westberliner/innen machten schließlich für BRANDT "Sieger zu Freunden und Besatzungs- zu Schutzmächten".<sup>10</sup> In den folgenden Jahren in Berlin sah er einen freiheitlich-demokratischen Westen von einer expansiven freiheitsfeindlichen Sowjetunion bedroht. Deutlicher als zuvor hob er nun die Freiheit als zentrales Element des demokratischen Sozialismus hervor. So meinte er: "Nichts steht uns höher als die Freiheit." Dies präziserte er folgendermaßen:

"Freiheit und Leben sind eins. Ohne Sicherheit der individuellen Rechtssphäre, ohne geistige Freiheit, ohne die moralischen Normen der Persönlichkeits-, Gemeinschafts- und Menschlichkeitswerte droht der Rückfall in die Barbarei. Nur durch die Rettung der unersetzlichen Güter der abendländischen Kultur können wir Hoffnung hegen, zu höheren Formen menschlichen Zusammenlebens emporzusteigen."<sup>11</sup> [11]

7 Willy BRANDT, "Zusammenfassung einer Diskussion deutscher Sozialisten", die kurz nach Kriegsausbruch – im September 1939 – in Norwegen stattfand (in BRANDT 1966, S.91-92).

8 Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten, "Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten", März 1943 (in BRANDT 2000a, S.90-94). Am 6. Januar 1941 hob ROOSEVELT in einer Rede zur Lage der Nation die "Vier Freiheiten" hervor. Diese waren Redefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht (vgl. die "Four Freedoms" Speech, 6. Januar 1941, in ROOSEVELT 1946, S.258-286).

9 Willy BRANDT, "Die weltpolitische Lage und die Aufgaben der SPD": Referat auf der SPD-Bezirkskonferenz in Berlin, 14. Januar 1949. *SPD-Mitteilungen für Funktionäre des Landesverbands Großberlin*, Februar 1949, S.3 (in AdsD, WBA, A 3, 44).

10 Willy BRANDT, Manuskript für Leserbrief in Welt am Sonntag, 12. September 1961 (in AdsD, WBA, A 3, 125). Ähnlich auch einige Jahre später: "Diese Brücke ist mehr als eine Luftbrücke, so notwendig wir sie auch damals hatten, um uns vor dem Verhungern zu retten. Sie ist nicht nur eine Brücke, gegründet auf die Zusicherungen von Regierungen; sie ist eine Brücke, die verankert ist im Herzen lebendiger Menschen" ("Bronzetafel feierlich übergeben". *Pressedienst des Landes Berlin (PLB)*, 20. Juni 1963, in AdsD, WBA, A 3, 158).

11 Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstandes in Berlin, BRANDT, auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. Mai 1949 (in BRANDT 2000b, S.114).

Demokratischer Sozialismus sei schließlich kein "abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse", sondern er fuße "auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit."<sup>12</sup> Mit diesen Ausführungen stützte er sich sehr stark auf ein demokratisch-liberales Wertverständnis "westlicher Prägung". Obgleich BRANDT in dieser Zeit durchaus als "Kalter Krieger"<sup>13</sup> bezeichnet werden kann, entwickelte er bereits ab Mitte der 1950er Jahre – früher als viele seiner Zeitgenoss/innen – gegenüber der UdSSR das Konzept des "Wandels durch Annäherung". Eine ideologische Annäherung blieb dabei für ihn jedoch ausgeschlossen. Stattdessen betrachtete er eine Position der Stärke als Voraussetzung für erfolgreiche Kooperation (SCHMIDT 2001). [12]

### 3. BRANDTs Haltung zum Vietnamkrieg

Der Vietnamkrieg stellte eine Herausforderung für BRANDTs Verhältnis zu den Vereinigten Staaten dar. Die Anfänge des Konflikts in Südostasien verfolgte BRANDT noch als Regierender Bürgermeister von Berlin. Als Außenminister der Großen Koalition und schließlich als Bundeskanzler war er dann offiziell und maßgeblich an der Positionierung der Bundesrepublik zu diesem Konflikt beteiligt. [13]

Nachdem der Indochinakrieg gegen die französische Kolonialmacht 1954 in die Souveränität Laos, Kambodschas und Vietnams mündete und eine vorläufige Teilung Vietnams in einen kommunistischen Norden und einen westlich orientierten Süden beschlossen worden war, wurde der Süden Vietnams in den folgenden Jahren zunehmend zum Austragungsort eines Bürgerkrieges. In den Vereinigten Staaten fürchtete man nun einen "Dominoeffekt": Fielen die südostasiatischen Staaten den Kommunisten in die Hände, würden auch andere Länder im Umfeld folgen. Bereits unter Präsident John F. KENNEDY griffen die USA daher verdeckt in den Konflikt in Vietnam und Laos ein, ab 1965 begann unter Präsident Lyndon B. JOHNSON die offene militärische Intervention der USA in Nordvietnam (KAISER 2000; FREY 2002, S.11-125). Geleitet durch das Glaubwürdigkeitsparadigma<sup>14</sup> verstrickten sich die USA in den folgenden Jahren in einen zermürenden "Abnutzungskrieg", der von den amerikanischen Verantwortlichen ganz durch die Linse der Ost-West-Auseinandersetzung gesehen wurde. Vor diesem Hintergrund wurde von vielen Beteiligten verdrängt, dass es sich in Südostasien auch um einen Kampf um die nationale Unabhängigkeit handelte, in den sich die Supermächte zur Stärkung der eigenen Machtposition einmischten.<sup>15</sup> Der Vietnamkrieg war somit einer von vielen Stellvertreterkriegen, die im Zeichen der Konfrontation der Supermächte und der voranschreitenden Dekolonialisierung stattfanden. In Bezug auf Dauer,

---

12 Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstandes in Berlin, BRANDT, auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. Mai 1949 (in BRANDT 2000b, S.129).

13 Seit 1947/48 trennte BRANDT deutlich zwischen demokratischem Westen und kommunistischer Sowjetunion, welche die osteuropäischen Staaten unter ihrer Kontrolle hielt.

14 Die Vereinigten Staaten fürchteten, ihr Anspruch, die "freie Welt" zu verteidigen, würde nicht mehr glaubwürdig wirken, wenn sie sich aus Südostasien zurückzögen und diese Region in der Folge kommunistisch würde.

Menschenverluste und nachhaltige Traumatisierung nahm er dabei jedoch eine Sonderstellung ein (GREINER 2006, S.167-238). [14]

Wie kam es, dass der sonst für Menschenrechte, Frieden und Antikolonialismus Eintretende BRANDT zu dem immer weiter eskalierenden Krieg in Südostasien öffentlich mehr oder weniger schwieg? Auch wenn BRANDT den Vereinigten Staaten keine militärische Unterstützung im Vietnamkrieg gewähren konnte und wollte (TROCHE 2001, S.291-298), leistete die Bundesrepublik neben den USA lange Zeit den größten Beitrag an humanitärer Hilfe.<sup>16</sup> Bis 1968/69 kann darüber hinaus auch für BRANDT von einer moralischen Unterstützung der amerikanischen Position gesprochen werden, und auch danach hielt er sich zumindest öffentlich im Gegensatz zu anderen westlichen Verbündeten mit kritischen Bemerkungen zurück. Selbst angesichts der Grausamkeiten in My Lai und der Bombardierung Kambodschas schwieg er.<sup>17</sup> [15]

Bereits im Exil hatte er die Vereinigten Staaten als Hort freiheitlich-demokratischer Werte ohne koloniale Vergangenheit beschrieben. Diese in Berlin weiterentwickelte Sichtweise veranlasste ihn dazu, den Konflikt nicht als Auseinandersetzung zwischen "imperialem Zentrum" und "kolonialer Peripherie", sondern als Stellvertreterkrieg im Kalten Krieg zu betrachten. In einem Gespräch mit seinem in der Antikriegsbewegung engagierten Sohn Peter gab er an, die USA handelten nicht aus imperialistischen Motiven, da sie selbst genug Rohstoffe hätten.<sup>18</sup> Seine antikoloniale Perspektive wurde also in diesem Konflikt ausgeblendet bzw. wie bereits während des Zweiten Weltkriegs nicht auf die Vereinigten Staaten angewandt. Auch in öffentlichen Bekundungen stellte er Amerika vielmehr als Verteidiger der Freiheit gegen den Kommunismus dar und unterstrich den Friedenswillen der USA.<sup>19</sup> [16]

Erst einige Jahre später, als er nicht mehr in der Regierungsverantwortung stand und eine vorübergehende Lösung für die Berlin- und Deutschlandfrage ausgehandelt worden war, erkannte er schließlich eine koloniale Dimension des Krieges. Er gab nun zu, dass es in dem Vietnamkonflikt nicht nur um die "Auseinandersetzung zwischen einer kommunistischen und einer nichtkommunistischen Gesellschaftsordnung [ging]. Der mehr als dreißig Jahre währende Krieg hatte von Anfang an auch den Charakter eines Kampfes um nationale Unabhängigkeit" (BRANDT 1976, S.424). Problematische

---

15 Vor allem zeitgenössisch war bei Kriegsgegner/innen die Argumentation verbreitet, die USA würden einen kolonialen Krieg führen. WESTAD (2007, S.5) betont jedoch, Ziel beider Supermächte sei nicht gewesen, "Dritte-Welt"-Länder zu unterwerfen, sondern in ihrem Sinne zu formen und zu kontrollieren. Er gibt jedoch zu, dass dies für die betroffene Bevölkerung oft keinen Unterschied machte; ähnlich McMAHON (2006, S.19-24).

16 Willy BRANDT, Entwurf für Interview mit St. Louis Post-Dispatch, 18. Januar 1967 (in AdsD, WBA, A 3, 246).

17 Willy BRANDT an Horst KROCKERT, 23. Januar 1970 (in AdsD, WBA, A 8, 41); Willy BRANDT, "Mehr Arbeiter auf die Hochschulen" (Interview). *Abendzeitung*, 15. Mai 1970 (in AdsD, WBA, A 3, 353). Zu den Ereignissen in My Lai und Kambodscha vgl. GREINER (2007).

18 Telefongespräch mit Peter BRANDT am 25. Januar 2006.

19 Willy BRANDT, Interview mit AP, 2. August 1965 (in AdsD, WBA, A 3, 215); Willy BRANDT, "Wo uns der Schuh drückt", 13. Februar 1966. *PLB*, 14. Februar 1966 (in AdsD, WBA, A 3, 225).

Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kriegführung wurden zwar auch zeitgenössisch von ihm bedauert, jedoch ging er stets vom Korrektiv der öffentlichen Meinung in den USA aus, die dafür Sorge, dass solche Fehlentwicklungen sich nicht durchsetzten.<sup>20</sup> [17]

Deutschland, das in BRANDTs Augen durch die USA von der HITLER-Diktatur befreit worden war, war seiner Ansicht nach nicht in der Position, sich als "Moralapostel" der internationalen Politik zu inszenieren:

"Ich würde es für anmaßend halten, wenn eine deutsche Partei sich als Lehrmeister in Hinsicht auf die militärischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten im Vietnamkonflikt aufspielen wollte. Selbstverständlich erfüllt uns die brennende Sorge um den Weltfrieden, aber das ist kein Gegensatz zur Überzeugung unserer amerikanischen Freunde."<sup>21</sup> [18]

Dass BRANDT die Deutschen aufgrund ihrer Vergangenheit nicht in einer Position sah, aus der heraus sie sich im Vietnamkonflikt zum "Weltgewissen" aufschwingen sollten (BRANDT 1976, S.424), ist interessant, da gerade BRANDT früher als viele andere eine selbstbewusstere und kollektivschuldbehaftete Rolle für die Bundesrepublik einforderte.<sup>22</sup> Es ist daher nicht auszuschließen, dass dieses Argument weniger innerer Überzeugung entsprang als vielmehr als weiterer Punkt vorgebracht wurde, um seine mangelnde Kritik an der Südostasienpolitik der USA zu erklären. [19]

Maßgeblicher als BRANDTs Sicht auf die USA als Land ohne kolonialen Ehrgeiz und seine Darstellung der Bundesrepublik als moralisch noch nicht gleichwertiges Land im Staatengefüge waren seine Berliner Erfahrungen, welche er in einer Hochphase des Kalten Krieges gemacht hatte. Es wäre allerdings zu leicht, BRANDT als Anhänger der "Dominotheorie" zu bezeichnen, nach der ein Fall Saigons unmittelbar einen Fall Berlins nach sich ziehen würde. Seine Erinnerungen diesbezüglich sind zumindest ambivalent. So schrieb er an einer Stelle seiner Memoiren:

"Für mich stand vor allem anderen die Einsicht, daß die Existenz Berlins mit dem Einsatz der Amerikaner steht und fällt – und auch darüber hinaus das enge deutsch-amerikanische Verhältnis durch nichts zu ersetzen ist. Auch machte ich mir lange die These zu eigen, daß die Glaubwürdigkeit amerikanischer Garantien in unserem Teil der Welt Schaden leiden müßte, wenn sie sich anderswo als brüchig erweisen sollte. Die 'Domino-Theorie', die das verhängnisvolle strategische Stichwort für die Asienpolitik vor allem Johnsons wurde, hat auch mich nicht unbeeinflusst gelassen." (BRANDT 1976, S.88-89) [20]

20 Willy BRANDT, Redeprotokoll von BRANDTs Ansprache anlässlich des 20jährigen Bestehens des Amerika-Hauses, 27. Februar 1966 (in AdsD, WBA, A 3, 225); Willy BRANDT, unkorrigiertes Manuskript von Pressekonferenz Nr. 130/69 in Bonn, 28. November 1969 (in AdsD, WBA, A 3, 328).

21 Willy BRANDT, Interview mit AP, 2. August 1965 (in AdsD, WBA, A 3, 215).

22 Willy BRANDT, Notes on "Germany's Role in the Atlantic Alliance", Council on Foreign Relations, 20. April 1965 (in AdsD, WBA, A 3, 207).

An anderer Stelle im gleichen Buch gab er jedoch an: "Die Domino-Theorie hat mich wegen ihrer verführerischen Vereinfachung nie recht überzeugt" (S.424). Tatsächlich zeigen zeitgenössische Quellen, dass sich BRANDT bereits im Laufe des Jahres 1965 von der "Dominotheorie" distanzierte, er jedoch den Vietnamkrieg in der Optik des Kalten Krieges sah (MICHEL 2010, S.242-249). Auch wenn er nun nicht von einem direkten Fall Berlins bei einer Niederlage in Vietnam ausging, fürchtete er einen Glaubwürdigkeitsverlust und damit eine Schwächung der Sicherheitsgarantie der USA, sollten diese in Südostasien scheitern. In Bezug auf Berlin gab er an, man könne nicht verlangen, dass die USA die Freiheit in Berlin verteidigten und ihnen gleichzeitig verbieten, für die Freiheit in anderen Regionen der Welt einzustehen. So hieß es im Protokoll einer Landesausschusssitzung in Berlin von 1964:

"Auf die Krise in Süd-Ost-Asien eingehend betonte Willy Brandt, dass wir Berliner im besonderen uns darüber klar sein sollten, dass wir nicht uneingeschränkte Garantie der Vereinigten Staaten für Berlin erwarten können, wenn wir nicht zugleich volles Verständnis dafür aufbringen, dass die USA eine gleiche Garantie auch in anderen Teilen der Welt übernommen haben."<sup>23</sup> [21]

An anderer Stelle betonte er zusätzlich die Dankbarkeit, die gerade die Berliner/innen den Vereinigten Staaten für ihren Einsatz bei der Verteidigung der Freiheit entgegenbringen müssten:

"Wenn wir in Berlin hierüber diskutieren, können und wollen wir nicht vergessen, was wir den Amerikanern verdanken. Eine primitive Gleichstellung von Vietnam und Berlin kann ich nicht akzeptieren, da sie nicht gerechtfertigt ist. Aber hieraus darf sich keine Gleichgültigkeit ergeben, auch keine Unterschätzung der harten Verpflichtungen, die unsere Freunde in anderen Teilen der Welt eingegangen sind. [...] Wenn das Beispiel Vietnam Schule machen würde, wenn die Amerikaner dort in die Knie gingen, dann wäre die Sicherheit auch in anderen Teilen der Welt, auch in Deutschland, weniger wert und stärker gefährdet. Das ist zwar keine Parallele zu unserer Situation, aber es ist eine bedeutsame Feststellung, die wir nicht außer Betracht lassen dürfen."<sup>24</sup> [22]

Aus dem Gefühl der Dankbarkeit und Freundschaft heraus, das BRANDT in der "Frontstadt" entwickelt hatte, gab er auch an, die USA nicht kritisieren zu wollen, da man einen Freund, dem es schlecht gehe, schonen müsse.<sup>25</sup> Obwohl

---

23 Protokoll der Sitzung des Landesausschusses Berlin, 24. August 1964 (in AdsD, Landesverband Berlin, 3 BEAB000586). Vgl. auch Klaus HARPPRECHT, Interview mit Willy BRANDT im ZDF (heute), 15. April 1965. *BPA/Abteilung Nachrichten* (in Landesarchiv Berlin, B Rep. 002, 12718). Darin sagte BRANDT: "[W]ir können nicht eine Haltung einnehmen, die darin besteht, Amerikaner, redet jeden Tag von Berlin und für Deutschland, aber wenn es um eine unangenehme, schwierige Sache woanders geht, dann sagen wir, No, Sir. So geht das nicht." Ähnlich auch in Kurzprotokoll der Fraktionssitzung, 14. Dezember 1965 (in AdsD, Fraktion Abgeordnetenhaus, Protokolle Fraktion und Fraktionsvorstand, 1965, 572).

24 Willy BRANDT, "Wo uns der Schuh drückt", 13. Februar 1966. *PLB*, 14. Februar 1966 (in AdsD, WBA, A 3, 225); Willy BRANDT an Horst KROCKERT, 23. Januar 1970 (in AdsD, WBA, A 8, 41); Willy BRANDT, unkorrigiertes Manuskript von Pressekonferenz Nr. 130/69 in Bonn, 28. November 1969 (in AdsD, WBA, A 3, 328).

25 Vgl. z.B. Willy BRANDT, "Wo uns der Schuh drückt", 13. Februar 1966. *PLB*, 14. Februar 1966 (in AdsD, WBA, A 3, 225).

BRANDT 1968 auch die Glaubwürdigkeitsargumentation schließlich aufgab und deutlicher nach einer politischen Lösung rief, betrachtete er den Konflikt doch zeitgenössisch durch die Linse des Kalten Krieges. So sehr er sich einen Friedensschluss wünschte, durfte dieser Friede doch nicht um jeden Preis, namentlich den Preis der Freiheit, geschlossen werden.<sup>26</sup> Seine politischen Prägungen aus dem Exil und vor allem aus Berlin ließen ihn daher Kritik zurückhalten. [23]

BRANDTs politische Ämter als Regierender Bürgermeister, Außenminister und Bundeskanzler unterstützten diese Tendenz. So war es für ihn als Vertreter der Exekutive Staatsräson, die USA als Sicherheitsgarantin zu erhalten und jegliche Kritik zu vermeiden, die deren Disengagement hätte begünstigen können. Er selbst nahm später an, dass dies der Grund war, warum er ein kritisches Hinterfragen des Konflikts unterdrückte:

"Vietnam war für mich ein Bereich, über den ich einfach nicht genug wußte; vielleicht wollte ich auch nicht genug wissen, weil mich dies in einen Konflikt mit der amerikanischen Politik gebracht hätte, auf die ich als Berliner Bürgermeister, aber auch in der Zeit danach in starkem Maße angewiesen war. [...] Mein Dilemma bestand darin, daß es sozusagen 'nicht zu verantworten' zu sein schien, in unserer Lage eine offene kritische Haltung gegenüber unserer wichtigsten Garantiemacht in mir aufkommen zu lassen. Solche Vorgänge eines gleichsam inneren Denkverbots sind wahrscheinlich häufiger, als man gemeinhin annimmt." (BRANDT 1976, S.422) [24]

Als Außenminister einer Großen Koalition musste er sich darüber hinaus um Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner, den Unionsparteien, bemühen. Verallgemeinernd gesprochen zeigte sich die CDU/CSU-Fraktion im Vietnamkrieg solidarischer mit den Vereinigten Staaten als die Sozialdemokratie, sodass das Thema "koalitionspolitischen Sprengstoff" (ARENTH 1997, S.169) barg, den BRANDT durch eine gemäßigte Haltung zu entschärfen suchte. Bereits als Außenminister, aber mehr noch als Bundeskanzler war BRANDT darüber hinaus sehr darauf bedacht, seine Ost- und Deutschlandpolitik, welche er nicht gegen den Willen des mächtigsten Verbündeten umsetzen konnte, durch deutliche Kritik am Vietnamkrieg nicht zu gefährden. [25]

Dieser Staatsräson hätte BRANDT in seinem Amt als SPD-Parteivorsitzender hingegen widersprechen müssen. Als Parteivorsitzender stand BRANDT einer Sozialdemokratie vor, die sich Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre im Umbruch befand. Hatte sich die SPD erst 1959/60 in ihrem Godesberger Programm endgültig zur Westbindung bekannt (ANGSTER 2003, S.415; BOUVIER 1990, S.36-43; KLOTZBACH 1982, S.449) und sich damit von der Milieu- zur Volkspartei gewandelt, stand sie nun vor der Herausforderung, sich der stärker links orientierten Jugend zu öffnen (HILDEBRAND 1984, S.325; WOLFRUM 2006, S.286; LÖSCHE & WALTER 1992, S.152). So musste BRANDT als Parteivorsitzender darum bemüht sein, die sich zunächst in der

---

26 Protokoll der Sitzung des Landesausschusses Berlin, 17. Januar 1966 (in AdsD, Landesverband Berlin, 3 BEAB000587).

außerparlamentarischen Opposition und den Jusos sammelnde Antikriegsbewegung in die SPD zu integrieren. Er unterschied daher auch immer "zwischen kritischen Studenten und politischen Rowdies"<sup>27</sup>. Unter gleichzeitiger Betonung des Friedenswillens der USA begrüßte er es, dass gerade die Jugend ihrer Sorge um den Frieden Ausdruck verlieh. Gleichzeitig verdeutlichte er aber auch seine Distanz zu Sympathisant/innen der sogenannten nordvietnamesischen "Vietcong".<sup>28</sup> Gerade für den Vorsitzenden der SPD nach Godesberg, die sich als amerikafreundlich zu etablieren versuchte, war es wichtig, den Antiamerikanismus- und Kommunismusvorwurf abzuwehren. [26]

Ab 1968 erlangten die Proteste gegen den Vietnamkrieg in der SPD und auch der Gesamtbevölkerung eine breitere Basis. Mehr und mehr musste nun auch BRANDT Kritik auf Parteitag und in Resolutionen zulassen.<sup>29</sup> Vor der SPD-Fraktion bekannte er jedoch, die Kritik der Parteibasis und auch der eigenen Familie in Kauf zu nehmen,

"weil das Interesse der BRD, so wie ich es erkenne und vertrete, für mich einen eindeutigen Vorrang haben musste. Persönliche Neigungen und innenpolitische Opportunität hätten das Einsteigen in den Chor des Protestes leicht gemacht. Aber ich musste andere Erwägungen schwerer wiegen lassen."<sup>30</sup> [27]

Dass BRANDT gemäß seiner politischen Prägung und der Staatsräson oftmals gegen die Parteiräson Position in der Vietnamkriegsdebatte ergriff, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass BRANDT intern durchaus eine kritischere Haltung durchscheinen ließ. So ist seinen Notizen für einen – bezeichnenderweise letztlich doch nicht abgeschickten – Brief an Richard NIXON zu entnehmen, dass er sich durch die amerikanische Politik zu einem Spagat zwischen Bündnisloyalität und Partei gezwungen sah. Trotz der Vergewisserung, treu auf der Seite der USA zu stehen, wollte er dem Präsidenten auch folgendes mitteilen: "Allerdings liegt [dem] Bu[ndes]ka[nzler] daran, auf diesem Wege in allem Freimut, wenn auch ohne Publizität wissen zu lassen, dass es den Freunden der USA schwer gemacht worden ist, die neuerlichen militärischen Massnahmen zu erklären."<sup>31</sup> Des Weiteren zeigen Korrekturen in den Entwürfen für BRANDTs Parteitagsrede vom April 1973, wie strapaziert BRANDTs Verhältnis zu den USA zu diesem Zeitpunkt war: BRANDT änderte den Begriff "unseren amerikanischen Freunden" in "unseren amerikanischen Partnern" und fügte handschriftlich den Kommentar hinzu: "leider so kaum noch zu verwendender Terminus".<sup>32</sup> Auch

27 Willy BRANDT, Erklärung zu Zwischenfällen am Amerika-Haus, 5. Februar 1966. *PLB*, 7. Februar 1966 (in *AdsD*, *WBA*, A 3, 225).

28 Willy BRANDT, Erklärung zu Zwischenfällen am Amerika-Haus, 5. Februar 1966. *PLB*, 7. Februar 1966 (in *AdsD*, *WBA*, A 3, 225).

29 Willy BRANDT, Rede auf dem Parteitag der SPD (in *SPD-VORSTAND* 1968, S.78-113).

30 Willy BRANDT, handschriftlicher und maschinenschriftlicher Redeentwurf für Fraktionssitzung, 17. Januar 1973 (in *AdsD*, *WBA*, A 11.14, 8). Vgl. auch Egon BAHR, Gesichtspunkte für die Fraktion – Vietnam für Willy Brandt, 15. Januar 1973 (in *AdsD*, Depositum Egon Bahr, 438); Egon BAHR, Vietnam für Fraktion, 17. Januar 1973 (in *AdsD*, Depositum Egon Bahr, 438).

31 Willy BRANDT, handschriftlicher Entwurf [1972] (in *AdsD*, Depositum Egon Bahr, 439).

32 Entwürfe für BRANDTs Parteitagsrede vom 11. April 1973: "Das Grundgesetz verwirklichen – Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze" (in *AdsD*, *WBA*, A 3, 485).

strich er einen Absatz, in dem es hieß, die USA seien mit dem Bombardierungsstopp der Forderung ihrer Verbündeten nachgekommen, weil er glaubte, Kritiker/innen würden darauf entgegnen, die Vereinigten Staaten hätten sich nie um die Meinung ihrer Verbündeten geschert.<sup>33</sup> Aus diesen Korrekturen sprechen enttäuschtes Vertrauen und Zweifel an der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Die Ablehnung der militärischen Grausamkeiten wurde in dieser Parteitagsrede zwar erwähnt, sie stand aber auch hier nicht im Mittelpunkt der Argumentation, da BRANDT den grundsätzlichen Friedenswillen der USA hervorhob. Kritische interne Bemerkungen dieser Art liegen nur sehr wenige vor – möglicherweise, weil BRANDT seine Unterlagen durchgesehen hat, bevor er sie als Depositum an das Archiv gegeben hat. Hier zeigt sich die Problematik, dass leicht ein verzerrtes Bild entstehen kann, wenn nur öffentliche Quellen vorliegen. [28]

Bis zur vermeintlichen Beilegung des Konflikts im Jahr 1973 zeigte sich BRANDT bündnistreu und enthielt sich öffentlicher Kritik. Letztlich siegten bei BRANDT also die politischen Erfahrungen, die er in seiner Exilzeit und in Berlin gesammelt hatte, sowie die Staatsräson über die Parteiläson und persönliche Kritik. Mit seiner Haltung war er allerdings auch ein Stück weit Spiegel der Mehrheit der Gesellschaft, die entgegen der lauten, aber doch relativ kleinen Protestbewegung trotz aller Kritik am Vietnamkrieg keinen Bruch mit der wichtigsten Garantiemacht riskieren wollte (GRABBE 1983, S.558). [29]

#### **4. BRANDTs Haltung zur amerikanischen Lateinamerikapolitik**

Während BRANDT als Außenminister und Bundeskanzler öffentliche Kritik am amerikanischen Vorgehen in Südostasien zurückgehalten hatte, bezog er als Vorsitzender der "Nord-Süd-Kommission" und Präsident der Sozialistischen Internationale in den 1980er Jahren dezidiert Stellung gegen die Lateinamerikapolitik der REAGAN-Administration. Weltpolitisch waren diese Jahre nach einer Ära der Entspannung durch eine Verschärfung des Kalten Krieges geprägt. 1979 marschierte die Rote Armee in Afghanistan ein, woraufhin die bisherigen Abrüstungsverhandlungen ins Stocken gerieten und eine Phase des Nachrüstens der beiden Supermächte einsetzte. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die US-Regierung, die Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre entstehenden revolutionären Bewegungen in Lateinamerika durch ökonomische Sanktionen zu unterbinden und war auch bereit, diktatorische, antikommunistische Regime wie das von José Napoleón DUARTE in El Salvador oder die sogenannten Contras in Nicaragua durch verdeckte militärische und paramilitärische Aktionen zu unterstützen (KORNBLUH 1991, S.325-328; RODMAN 1994, S.235-237; SIKKINK 2004). Ziel war es somit, einer vermeintlichen Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs in der "Dritten Welt" entgegenzutreten. Wirtschaftspolitisch verfolgte die REAGAN-Administration einen neoliberalen Ansatz, welcher wenig Spielraum für Entwicklungshilfe ließ. [30]

---

33 Entwürfe für BRANDTs Parteitagsrede vom 11. April 1973: "Das Grundgesetz verwirklichen – Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze" (in AdsD, WBA, A 3, 485).

Dem Anspruch nach trat BRANDT dafür ein, dass eine friedliche, selbstbestimmte Entwicklung nicht durch direkte oder indirekte machtpolitische Intervention von außen beeinträchtigt werden dürfe.<sup>34</sup> Im Zusammenhang mit dem Vorgehen in Lateinamerika betrachtete BRANDT die USA nun durchaus als imperialistische Macht, die mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln versuchte, Länder wie Nicaragua, Grenada und El Salvador zu zwingen, sich nach ihren Vorstellungen zu entwickeln. So formulierte er im März 1986 in einer Pressemitteilung: "Eine Nicaragua-Politik der Destabilisierung, der Wirtschaftsblockade und der militärischen Angriffe, die auf dem Weg zu einem Interventionskrieg liegen, fordert nicht nur unsere Kritik heraus, sondern findet unsere eindeutige Ablehnung."<sup>35</sup> Anders als noch im Vietnamkrieg unterstellte BRANDT den Vereinigten Staaten nun kolonialistische Absichten, die den Erhalt und die Ausweitung von Einflussphären zum Ziel hatten. [31]

BRANDT selbst charakterisierte den Nord-Süd-Konflikt als "weltweiten Klassenkampf" (1979, S.7)<sup>36</sup> und griff damit auf Konzepte und rhetorische Wendungen des Sozialismus aus der Exil- und frühen Nachkriegszeit zurück. So forderte er einen "Marshallplan" für die "Dritte Welt" und eine an John Maynard KEYNES angelehnte staatlich gesteuerte Entwicklungshilfepolitik (BRANDT 1980, 1982b). Obgleich auch seine Vorschläge nicht rein planwirtschaftlich orientiert waren, lehnte er REAGANs neoliberale Politik und Wirtschaftsembargos als Mittel zur Disziplinierung ab. So meinte er:

"Unsere Bündnispartner muß man von der verhängnisvollen Politik – ob gegenüber Nicaragua oder El Salvador – abbringen, die auf der abwegigen Annahme beruht, soziale Krisen liessen sich immer noch mit den Mitteln oligarchischer und militärischer Macht lösen. Das Recht und die Pflicht, uns einzumischen, erwächst gleichermassen aus Moral und Vernunft."<sup>37</sup> [32]

Um Frieden zu schaffen und linksrevolutionärer Kräfte zu demokratisieren, müssten vielmehr die wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden, welche jedoch durch den ökonomischen Boykott und militärische Eingriffe nur weiter verschärft würden.<sup>38</sup> BRANDT griff in Bezug auf den Nord-Süd-Konflikt auf sozialistisch gefärbte Ideen zurück, welche während seiner Zeit in Regierungsverantwortung in den Hintergrund getreten waren. Allerdings entwickelte er diese Konzepte auch weiter, da er die Hilfe zur Selbsthilfe sowie die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer thematisierte und den Abbau von Handelshemmnissen einforderte (BRANDT 1980). [33]

---

34 Vgl. z.B. Ausarbeitung des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, BRANDT, für die Sitzung in Mont Pèlerin, 11. März 1978 (in BRANDT 2006, S.222).

35 Entwurf mit vielen handschriftlichen Bemerkungen von Willy BRANDT für Pressemitteilung: "Dringende Warnung – kritische Solidarität", 24. März 1986 (in AdsD, WBA, A 3, 1010).

36 Vgl. ähnlich Ausarbeitung des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, BRANDT, für die Sitzung in Mont Pèlerin, 11. März 1978 (in BRANDT 2006, S.222-223).

37 Beispielsweise Willy BRANDT, maschinenschriftlicher und handschriftlicher Entwurf für Rede auf Landesparteitag in Hessen, 18. Juni 1983 (in AdsD, WBA, A 3, 924).

38 Vgl. Willy BRANDT, Interview mit dem Südwestfunk (in *SPD-Pressemitteilungen* 476/83, 7. August 1983).

Während BRANDT im Vietnamkrieg stets betont hatte, die USA verteidigten die Freiheit der Vietnames/innen gegen die kommunistische Aggression, warf er den Vereinigten Staaten nun vor, freiheitlich-demokratische Werte zu verraten, indem sie autoritäre Diktatoren stützten. Obwohl auch BRANDT sich nie voll auf die Seite der revolutionären sozialistischen Bewegungen stellte,<sup>39</sup> verwehrte er sich doch davor, diese als Moskau-gesteuerte Kommunisten zu betrachten und ihnen die Hilfe zu versagen, welche zur Demokratieförderung nötig gewesen wäre. Durch die Unterstützung reaktionärer Regime sah er nun die amerikanische Glaubwürdigkeit gefährdet. Als die USA im Herbst 1983 in Grenada militärisch eingriffen (DUNBABIN 1994, S.116-117), verurteilte BRANDT dies aus völkerrechtlichen Gründen, aber auch, da er befürchtete, dieses Vorgehen könnte als Präzedenzfall für den Umgang mit anderen mittelamerikanischen Staaten dienen. Außerdem meinte er: "Der Protest der Vereinigten Staaten gegen die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan kann angesichts ihres eigenen Vorgehens nur an Glaubwürdigkeit verlieren."<sup>40</sup> Dass die USA sich zu dieser Zeit – vor allem auf Druck des Kongresses – vorerst gegen eine Invasion in Nicaragua entschieden, sah BRANDT nicht als großen Erfolg an, da weiterhin Häfen vermint, die Contras durch Waffenlieferungen gestützt und das Land wirtschaftlich stranguliert würden.<sup>41</sup> [34]

In seinen Memoiren relativierte er jedoch später seine Kritik an der gefährdeten Glaubwürdigkeit:

"Auch die gute Tradition der Menschenrechte geriet immer mal wieder in die Hände doppelzüngiger oder opportunistischer Eiferer; leere Symbolik trat an die Stelle illusionslosen Bemühens. Doch wichtiger blieb, daß der ursprüngliche moralische Antrieb nicht verschüttet wurde und sich immer wieder in Amerika selbst schonungslose Kritiker zu Wort meldeten. Immer wieder brechen Antriebskräfte einer großen Nation durch, die ihren Bürgern und der Welt noch viel zu geben haben wird." (BRANDT 1997, S.402) [35]

Letztlich betonte er also auch hier den unverwüstlichen Kern freiheitlich-demokratischer Werte, welcher trotz einzelner Abirrungen nicht zerstört werde. [36]

---

39 Schreiben des Präsidenten der SI, BRANDT, an den Vorsitzenden des "Komitees der SI zur Verteidigung der Revolution in Nicaragua", GONZÁLEZ, 2. Juni 1981 (in BRANDT 2006, S.324-325).

40 Erklärung des Präsidenten der SI und Vorsitzenden der SPD, BRANDT, zu Besetzung Grenadas, 26. Oktober 1983 (in BRANDT 2006, S.368-369). Vgl. auch Willy BRANDT, Interview im BBC Radio 4 ("The World Tonight"), 27. Oktober 1983. *BPA/Abteilung Nachrichten* (in AdsD, WBA, A 3, 939). An anderer Stelle stellte er ebenfalls eine Intervention in Nicaragua und die sowjetische Invasion in Afghanistan auf eine Stufe: "Our world has no need for interventions à la Nicaragua and it cannot accept occupations à la Afghanistan" (Willy BRANDT, Manuskript für Artikel in "Third World Book Review": North-South: The Task Ahead, 19. Dezember 1986, in AdsD, WBA, A 3, 1016).

41 Vgl. Willy BRANDT, Manuskript für Interview mit dem Parlamentarisch-Politischen Pressedienst, 2. Dezember 1984 (in AdsD, WBA, A 3, 982) und aus dem Interview des Vorsitzenden der SPD, BRANDT, für den Pressedienst IPS, 17. Dezember 1984 (in BRANDT 2006, S.402).

BRANDT konnte seine Kritik an der amerikanischen Lateinamerikapolitik ohne die Beschränkungen eines Regierungsamtes äußern. 1974 war er als Bundeskanzler zurückgetreten, behielt aber weiterhin den SPD-Parteivorsitz. Zusätzlich wurde er 1976 zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt, einer Dachorganisation für sozialdemokratische Parteien weltweit. 1977 wurde ihm zudem der Vorsitz über die "Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen" (Nord-Süd-Kommission) übertragen, welche ein Konzept für eine künftige Entwicklungspolitik erarbeiten sollte. Die Ziele, die BRANDT im Rahmen dieser Ämter bezüglich der Lateinamerika- und Entwicklungshilfepolitik verfolgte, deckten sich weitgehend. [37]

So war es ihm vor allem als SI-Präsident ein Anliegen, die blockfreien Staaten zu stärken und ihnen eine Alternative zwischen den Blöcken aufzuzeigen. Von den Supermächten erwartete er, sich gemeinsam um die Lösung der globalen Probleme zu bemühen und den Nord-Süd-Konflikt sowie die Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" nicht in der Optik des Kalten Krieges zu sehen:

"Sowenig wie die jetzige amerikanische Regierung bereit ist, Mittelamerika als einen Teil der 'Dritten Welt' zu betrachten und die dortigen Konflikte in einer Nord-Süd-Dimension zu sehen, wird die Sozialistische Internationale in der Lage sein oder willens sein, drängende Probleme der 'Dritten Welt' in der Optik der Ost-West-Konfrontation zu interpretieren."<sup>42</sup> [38]

Auch als SPD-Parteivorsitzender formulierte er im Namen seiner Partei ähnliche Bedenken, indem er sagte,

"[...] El Salvador könne zu einem Problem für [die] Gesamtpartei [SPD] werden, wenn die neue amerikanische Administration nicht bereit sei, anzuerkennen, daß hier nicht Ost-West-Fragen berührt sind, sondern gesellschaftliche, im eigenen Lande begründete Prozesse sich vollziehen. Es werde für [die] Partei große Schwierigkeiten geben, wenn die amerikanische Regierung einer differenzierten Betrachtungsweise nicht fähig ist. Dann seien Konflikte mit Amerika schon jetzt vorauszusehen."<sup>43</sup> [39]

Während BRANDT den Vietnamkrieg zumindest in den Anfangsjahren noch voll und ganz im Spiegel des Kalten Krieges betrachtet hatte, symbolisieren diese Aussagen einen Wahrnehmungswandel der Krisen an der Peripherie, denen nun eine eigene Qualität zugesprochen wurde, die nach individuellen Lösungswegen verlangte. [40]

Zudem empfand er die Politik der Vereinigten Staaten in Lateinamerika als destabilisierend. In dem Bericht, den er als Vorsitzender der Nord-Süd-

---

42 Willy BRANDT, "Io, Reagan e i russi" (Interview). *L'Espresso*, 22. Januar 1983 (deutsches Manuskript in AdsD, WBA, A 3, 949).

43 Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes, 23. Februar 1981 (in AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, Parteivorstand allgemein, Sitzungen von Parteivorstand und Parteirat, 1/HsAA006306). Vgl. auch den Entschluss des SPD-Parteitags zu Unterstützung lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen: Antrag 1 zur Sicherheitspolitik (in SPD-VORSTAND 1982, S.909).

Kommission erstellt hatte, definierte er Entwicklungspolitik als Friedenspolitik, die mit Abrüstung und Entspannung Hand in Hand gehen müsse (BRANDT 1980). Das mangelnde politische und finanzielle Engagement der REAGAN-Regierung für die "Dritte Welt" betrachtete er als Bedrohung für die globale Sicherheit: Statt in Hilfe zur Selbsthilfe zu investieren, steckten die USA ihre Ressourcen lieber in Rüstungsprogramme und verschärften bereits bestehende Konflikte und soziale Probleme in der "Dritten Welt" durch wirtschaftliche Boykotte und Waffenlieferungen an Konfliktparteien.<sup>44</sup> [41]

Diese Positionen sind auch vor dem Hintergrund von BRANDTs Bemühen zu verstehen, angesichts des sich wieder verschärfenden Kalten Krieges sein Vermächtnis der Ostpolitik zu retten und die SPD als "Entspannungspartei" zu profilieren. Gestützt von der Parteibasis und Anhängerinnen und Anhängern der sogenannten "Friedensbewegung" suchte er in den 1980er Jahren zunehmend Kontakt zu anderen Vertreterinnen und Vertretern des "demokratischen Sozialismus" in Ost und West, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken. Auch mit den revolutionären Bewegungen in der "Dritten Welt" wurde daher trotz ihres mitunter zweifelhaften Demokratieverständnisses Kontakt gesucht. Im Gegensatz zu den USA waren BRANDT und die SI deshalb auch bereit, mit allen Konfliktparteien in Lateinamerika eine politische Verhandlungslösung zu suchen.<sup>45</sup> Allerdings folgte auch jetzt keine blinde Solidarisierung mit den revolutionären Bewegungen. In dieser Phase öffnete sich BRANDT auch weiter der Sowjetunion, deren Verhandlungsbereitschaft er überschätzte. Bei aller Kritik an den Vereinigten Staaten ging BRANDT jedoch auch in dieser Zeit nie so weit, die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft aufzukündigen, auch wenn die bedingungslose Bündnissolidarität einen geringeren Stellenwert einnahm als noch zu seiner Bundeskanzlerzeit. [42]

## 5. Fazit

Während BRANDT den Vietnamkrieg zumindest in den Anfangsjahren noch voll und ganz im Spiegel des Kalten Krieges betrachtet hatte, nahm er ab Ende der 1970er Jahre Krisen an der Peripherie als eigenständige Probleme wahr, die nach neuen Lösungswegen verlangten. Mit Ausnahme von BRANDTs fortbestehendem Glauben an die in letzter Konsequenz unerschütterlichen freiheitlich-demokratischen Werte in den USA führten seine politisch-sozialen Prägungen im Zusammenhang mit der Lateinamerikapolitik der REAGAN-Regierung zu einem anderen Ergebnis als noch in den 1960/70er Jahren. So richtete sich hier seine seit dem Exil bestehende antiimperialistische Grundhaltung auch gegen das Vorgehen der USA. Während seine frühe

---

44 Aus dem Interview des Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission, BRANDT, für das Magazin Bild der Wissenschaft, August 1979 (in BRANDT 2006, S.264-265).

45 Klaus LINDENBERG an Willy BRANDT, Gespräche Thorvald STOLTENBERGs und LINDENBERGs in Washington, 14.-15. November 1984, 19. November 1984 (in AdsD, WBA, A 13, 53, alte Signatur); Klaus LINDENBERG an Bernt CARLSSON, Vermerk: Mittelamerika-Gespräche in Washington, 4.-6. Mai 1982 (in AdsD, WBA, A 13, 45, alte Signatur); Klaus LINDENBERG, vertrauliche Aufzeichnung: Mittelamerika-Gespräche in Washington, 4.-6. Mai 1982, 14. Mai 1982 (in AdsD, WBA, A 13, 45, alte Signatur) und ROTHER und SCHMIDT (2006, S.51).

sozialistische Prägung während des Vietnamkriegs keine Rolle spielte, beeinflusste sie nun seine Sichtweise auf den Nord-Süd-Konflikt. Das in Berlin entwickelte Ost-West-Denken, welches seinen Blick auf den Vietnamkrieg dominiert hatte, spielte trotz des sich wieder verschärfenden Kalten Krieges nun eine untergeordnete Rolle. BRANDT betrachtete die Entspannung als Grundvoraussetzung für den Frieden. Um sie aufrechtzuerhalten, setzte er ganz auf Abrüstung und Entwicklungshilfe, selbst als dies auf Kosten der transatlantischen Beziehungen ging. In beiden Fällen stand BRANDT mit seiner Position nicht isoliert gegen den Zeitgeist. Zwar forderten die Parteibasis und die Antikriegsbewegung eine kritische Positionierung gegen den Vietnamkonflikt, die Bevölkerungsmehrheit hielt sich mit ihrer Kritik jedoch bedeckt. In den 1980er Jahren nahm die kritische Distanzierung von den Vereinigten Staaten auch in der Bevölkerung zu, ohne dass sie in blanken Antiamerikanismus verfiel. In beiden Situationen zeigte sich auch, dass BRANDT die Ereignisse nicht schematisch schwarz-weiß betrachtete: So äußerte er durchaus Kritik am Vietnamkrieg, auch wenn er dies nicht öffentlich tat. Ebenso kam es bei seiner Lateinamerikapolitik zu keiner reinen Solidarisierung mit den revolutionären Bewegungen. [43]

BRANDTs jeweiliges politisches Amt war ausschlaggebend, welche der frühen politisch-weltanschaulichen Prägungen stärker akzentuiert wurden bzw. wie sie sich angesichts neuer Ereignisse von transatlantischer Bedeutung weiterentwickelten. So gehörten für den Berlin-Politiker, den Außenminister und den Bundeskanzler möglichst ungetrübte Beziehungen zur wichtigsten Schutzmacht zur Staatsräson. Dies führte dazu, dass er während seiner Zeit im Regierungsamt öffentlich eine koloniale Motivation der USA in Südostasien verneinte und vielmehr ihren Einsatz für freiheitlich-demokratische Grundwerte in den Vordergrund stellte. Als SI-Präsident und Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission war er zwar weiterhin an einem guten transatlantischen Verhältnis interessiert, jedoch ließ ihn sein Einsatz für Entspannung und Entwicklungspolitik oftmals Positionen konträr zur amerikanischen Regierungspolitik einnehmen, die er nun zumindest in Ansätzen als imperialistisch einstufte. Sehr konstant blieb jedoch BRANDTs Glauben an die USA als Hort der freiheitlich-demokratischen Werteordnung, der in seinen Augen selbst durch zwischenzeitliche Erschütterungen nicht zerstört werden konnte. [44]

## Literatur

Angster, Julia (2003). *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie: Die Westernisierung von SPD und DGB*. München: Oldenbourg.

Arenth, Joachim (1997). Die Bewährungsprobe der Special Relationship: Washington und Bonn (1961-1969). In Klaus Larres & Torsten Oppeland (Hrsg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert: Geschichte der politischen Beziehungen* (S.151-177). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Bouvier, Beatrix (1990). *Zwischen Godesberg und Großer Koalition: Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*. Bonn: Dietz.

Brandt, Willy (1966). *Draußen: Ausgewählte Schriften während der Emigration* (hrsg. v. Günter Struve). München: Kindler.

Brandt, Willy (1976). *Begegnungen und Einsichten: Die Jahre 1960-1975*. Hamburg: Knauer.

- Brandt, Willy (1979). Nord-Süd-Ausgleich: Eine neue Dimension der Friedenspolitik. *Nato-Brief*, 27(1), 7-9, 23-24.
- Brandt, Willy (1980). Einleitung: Wandel tut not: Frieden, Ausgleich, Arbeitsplätze. In Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission), *Das Überleben sichern: Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer – Bericht der Nord-Süd-Kommission* (S.11-40). Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Brandt, Willy (1982a). *Links und frei: Mein Weg 1930-1950*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Brandt, Willy (1982b). *Dangers and options: The matter of world survival*. Toronto: Canadian Broadcasting Corporation.
- Brandt, Willy (1997). *Erinnerungen*. Berlin: Ullstein.
- Brandt, Willy (2000a). *Zwei Vaterländer: Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947* (bearb. v. Einhart Lorenz). Bonn: Dietz.
- Brandt, Willy (2000b). *Auf dem Weg nach vorn: Willy Brandt und die SPD 1947-1972* (bearb. v. Daniela Münkel). Bonn: Dietz.
- Brandt, Willy (2006). *Über Europa hinaus: Dritte Welt und Sozialistische Internationale* (bearb. v. Bernd Rother & Wolfgang Schmidt). Bonn: Dietz.
- Dunbabin, John P. (1994). *The post-imperial age: The great powers and the wider world*. London: Longman.
- Faber, Karl-Georg (1982). *Theorie der Geschichtswissenschaft* (5. erw. Aufl.). München: Beck.
- Frey, Marc (2002). *Geschichte des Vietnamkriegs: Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums* (6. Aufl.). München: Beck.
- Gestrich, Andreas (1999). *Vergesellschaftung des Menschen: Einführung in die Historische Sozialisationsforschung*. Tübingen: edition diskord.
- Goertz, Hans-Jürgen (1995). *Umgang mit Geschichte: Eine Einführung in die Geschichtstheorie*. Reinbek: Rowohlt.
- Grabbe, Hans-Jürgen (1983). *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966*. Düsseldorf: Droste.
- Greiner, Bernd (2006). Die Blutpumpe: Zur Strategie und Praxis des Abnutzungskrieges in Vietnam 1965-1973. In Bernd Greiner, Christian Th. Müller & Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg* (S.167-238). Hamburg: Hamburger Edition.
- Greiner, Bernd (2007). *Krieg ohne Fronten: Die USA in Vietnam*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Hähner, Olaf (1999). *Historische Biographik: Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Hildebrand, Klaus (1984). *Von Erhard zur Großen Koalition, 1963-1969*. Stuttgart: DVA.
- Hockerts, Hans Günter (1993). Zeitgeschichte in Deutschland. Begriffe, Methoden, Themenfelder. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29/30, 3-19.
- Jäckel, Eberhard (1989). *Umgang mit Vergangenheit. Beiträge zur Geschichte*. Stuttgart: DVA.
- Kaiser, David (2000). *American tragedy: Kennedy, Johnson, and the origins of the Vietnam War*. Cambridge, MA: Belknap Press.
- Klein, Christian (2002). *Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens*. Stuttgart: Metzler.
- Klotzbach, Kurt (1982). *Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*. Berlin: Dietz.
- Kornbluh, Peter (1991). The U.S. role in the counterrevolution. In Thomas W. Walker (Hrsg.), *Revolution and counterrevolution in Nicaragua* (S.323-349). Boulder: Westview Press.
- Le Goff, Jacques (1998). Wie schreibt man eine Biographie? In Fernand Braudel, Lucien Febvre, Arnaldo Momigliano, Natalie Zemon Davis, Carlo Ginzburg, Jacques Le Goff & Reinhart Koselleck, *Wie Geschichte geschrieben wird* (S.103-112). Berlin: Klaus Wagenbach.
- Lorenz, Chris (1997). *Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie*. Köln: Böhlau.
- Lorenz, Einhart (2002). Einleitung. In Willy Brandt, *Hitler ist nicht Deutschland: Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940* (S.15-72). Bonn: Dietz.

- Lösche, Peter & Walter, Franz (1992). *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei: Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- McMahon, Robert J. (2006). Heiße Kriege im Kalten Krieg. In Bernd Greiner, Christian Th. Müller & Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg* (S.16-34). Hamburg: Hamburger Edition.
- Merseburger, Peter (2002). *Willy Brandt 1913-1992: Visionär und Realist*. Stuttgart: DVA.
- Michel, Judith (2010). *Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933-1992*. Göttingen: V&R unipress.
- Nünning, Vera & Saal, Ralf (1995). *Geschichtswissenschaft. Einführung in die Grundstrukturen des Fachs und Methoden der Quellenarbeit*. Stuttgart: Klett.
- Opgenoorth, Ernst & Schulz, Günther (2010). *Einführung in das Studium der Neueren Geschichte* (7. vollst. neu bearb. Aufl.). Paderborn: Schöningh.
- Rodman, Peter W. (1994). *More precious than peace: The Cold War and the struggle for the third world*. New York: Scribner.
- Röckelein, Hedwig (1993). Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur "neuen historischen Biographie". In Hedwig Röckelein (Hrsg.), *Biographie als Geschichte* (S.17-38). Tübingen: edition diskord.
- Roosevelt, Franklin D. (1946). *Nothing to fear: The selected addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932-1945* (hrsg. v. B.D. Zevin). Cambridge, MA: Houghton Mifflin.
- Rother, Bernd & Schmidt, Wolfgang (2006). Einleitung. In Willy Brandt, *Über Europa hinaus: Dritte Welt und Sozialistische Internationale* (S.15-109). Bonn: Dietz.
- Schmidt, Wolfgang (2001). *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte: Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sikkink, Kathryn (2004). *Mixed signals: U.S. human rights policy and Latin America*. Ithaca: Cornell University Press.
- SPD-Vorstand (Hrsg.) (1968). *Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg, 17.- 21. März 1968*. Bonn: SPD.
- SPD-Vorstand (Hrsg.) (1982). *Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München, 19.-23. April 1982* (Bd. 2). Bonn: SPD.
- Troche, Alexander (2001). *"Berlin wird am Mekong verteidigt": Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd-Vietnam, 1954-1966*. Düsseldorf: Droste.
- Wein, Martin (2003). *Willy Brandt: Das Werden eines Staatsmannes*. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- Westad, Odd Arne (2007). *The global Cold War: Third world interventions and the making of our times*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Winkelbauer, Thomas (Hrsg.) (2000). *Vom Lebenslauf zur Biographie: Geschichte, Quellen und Probleme der historischen Biographik und Autobiographik*. Horn-Waidhofen: Waldviertler Heimatbund.
- Wolfrum, Edgar (2006). *Die geglückte Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta.

## Zur Autorin

Judith MICHEL, geb. 1979, ist seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin. Von 2007 bis 2010 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dort wurde sie 2008 mit einer Arbeit über "Willy Brandts Amerikabild und -politik" promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Transatlantische Beziehungen, Emotionsgeschichte und Unternehmensgeschichte.

Kontakt:

Dr. Judith Michel

Institut für Zeitgeschichte  
Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der  
Bundesrepublik Deutschland  
c/o Auswärtiges Amt  
Referat 117 an IfZ-AAPD  
D-11013 Berlin

Tel.: +49 / (0)30 / 5000-3751

E-Mail: [judith.michel@diplo.de](mailto:judith.michel@diplo.de)

FQS 12(2), Art. 12, Judith Michel:  
Der Einfluss von frühen politischen Orientierungen und politischem Amt auf Willy Brandts Amerikapolitik

## **Zitation**

Michel, Judith (2011). Der Einfluss von frühen politischen Orientierungen und politischem Amt auf Willy Brandts Amerikapolitik [44 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 12(2), Art. 12, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1102122>.